

Stefan Schmalz

Umbrüche in der Weltwirtschaft: Aufstrebende Schwellenländer und der Niedergang von IWF und WTO

Das internationale Staatensystem und die Verhältnisse zwischen Zentrum und Peripherie sind im Wandel. So mehren sich die Anzeichen, dass sich die von den USA bestimmte unilaterale Weltordnung dem Ende nähert. Dabei werden jedoch die alten Kräfteverhältnisse nicht – wie lange Zeit angenommen – durch die EU oder Japan erschüttert. Die Herausforderung verortet sich außerhalb der traditionellen Triade. Insbesondere der Aufstieg Chinas mit seinen jährlichen BIP-Steigerungsraten von beinahe 10 % seit der Öffnung im Jahr 1978 verändert das globale Machtgefüge (Humphrey & Messner 2006). Doch auch Indien ist in den vergangenen zwei Dekaden in eine Phase raschen Wachstums eingetreten und beginnt, aktiv die südasiatische Politik mitzubestimmen. Brasilien entwickelte sich unter der Mitte-Links-Regierung Luiz Inácio „Lula“ da Silva zu einem dynamischen außenpolitischen *Player*. Dies hatte spätestens beim Scheitern der WTO-Ministerkonferenz in Cancún 2003 globale Auswirkungen (Schmalz 2008: 146-154).¹ Selbst verschiedene Staaten mit geringeren Machtressourcen, etwa Venezuela oder der Iran, formulieren vermehrt eigenständige außenpolitische Konzepte.

Eine Fülle von Einzelaspekten deutet auf einen Wandel hin. Die Devisenreserven der Zentralbanken verschiedener Schwellenländer wuchsen massiv an und trugen dazu bei, eine neue globale Gläubigerstruktur zu etablieren. Für weltweite Aufmerksamkeit sorgen die Aktivitäten von Konzernen aus der Semiperipherie: Der indische Stahlproduzent *Mittal-Steel* fusionierte im Jahr 2005 mit dem luxemburgischen Unternehmen *Arcelor* zum weltweit größten Stahlproduzenten. Im gleichen Jahr kaufte *Nanjing Automobile* den letzten britischen Autohersteller *MG Rover*. Die steigenden Rohstoffpreise verändern die globalen Handelsbeziehungen. Die geplante russisch-chinesische Marsmission im Jahr 2009 deutet auf das Potenzial einer asiatischen Hochtechnologiekooperation hin.

Die Umbrüche finden ihren Widerhall in der wissenschaftlichen Diskussion. So hat sich die Auffassung durchgesetzt, dass sich in Ostasien das neue Zentrum der Weltwirtschaft und -politik etabliere (Mearsheimer

2001, Arrighi 2007). Die Spannweite der Debatte ist groß. Die Zeitschrift *Foreign Affairs* vermag die „Rückkehr der autoritären Großmächte“ (Gat 2007) zu erkennen und debattiert bereits über die „Neue Neue Weltordnung“ (Drezner 2007). In der US-amerikanischen Diskussion werden verschiedene – kooperative oder konfliktive – Strategien formuliert, um den Aufstieg der neuen Herausforderer abzufedern oder zu stoppen (Overholt 2007). Vor dem Hintergrund der Rohstoffinteressen Chinas und Indiens erlebt das wissenschaftliche Interesse an Subsahara-Afrika eine Renaissance (z.B. Broadman 2007).

Der vorliegende Artikel ist ein Beitrag zu dieser Debatte. Ich vertrete darin die These, dass die Umbrüche in der Weltwirtschaft – auf der Ebene der Finanzbeziehungen und der Produktionsstrukturen – tief greifende Auswirkungen auf verschiedene Institutionen der *global economic governance* haben. Institutionen wie der IWF, die traditionell von den USA und den europäischen Ländern bestimmt wurden, verlieren an Bedeutung (Loewen 2006b). Gleichzeitig werden in der (Semi-)Peripherie neue regionale Integrationsprojekte und Modelle von Süd-Süd-Kooperation erprobt. Dies birgt die Möglichkeit einer Blockbildung in der internationalen politischen Ökonomie. Zur Analyse greife ich auf die Arbeiten von Susan Strange zu strukturalen Machtverhältnissen zurück und verknüpfe sie mit Theoriebausteinen aus der Weltsystemanalyse.²

Kategorisierungsversuche:

Von BRIC-Staaten und regionalen Führungsmächten

Den Ausgangspunkt für die Diskussion bildeten verschiedene Forschungspapiere der Investmentbank Goldman & Sachs. Dort wurde die These vertreten, dass sich mit den BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien und China) neue Wachstumszentren in der Weltwirtschaft herausgebildet haben (Wilson & Purushothaman 2003: 3; O’Neill u.a. 2005). Diese sollen die führenden Wirtschaftsnationen ablösen. So prognostizierte Goldman & Sachs im ersten Papier zum Thema, dass „etwa Indiens Ökonomie im Jahr 2032 größer als die japanische sein könnte, die chinesische bis 2041 größer als die US-amerikanische [...]“. Die BRIC-Ökonomien zusammengenommen könnten bis 2039 stärker als die der G6 sein“ (Wilson & Purushothaman 2003: 3). Auch wenn die Zielsetzung von Goldman & Sachs eigentlich darin bestand, verschiedene Fonds zu platzieren, die ein Portfolio an Aktien von wachstumsträchtigen Unternehmen aus den BRIC-Staaten vereinen, fand die Bezeichnung „BRIC“ Eingang in die wissenschaftliche Debatte. Zwar sei sie kein analytischer Begriff, da darunter z.B. Länder mit äußerst

unterschiedlichen Entwicklungspfaden und Machtpotenzialen subsumiert werden. Aber dennoch weisen sie auf reale Wandlungen in der Weltwirtschaft hin (Bieling 2007: 241f, Hurrell 2006, Schmalz 2006: 24f).

Eine zweite Debatte hat sich im Umfeld verschiedener wissenschaftsnaher Politikberatungsinstitutionen etabliert (Nolte 2006, Treverton & Jones 2005). Im Zentrum steht das Anliegen, die veränderten Machthierarchien in den internationalen Beziehungen zu bestimmen. Im deutschsprachigen Diskurs konkurrieren dabei die Bezeichnungen „Ankerländer“ und „regionalen Führungsmächte“ (Nolte 2006, Stamm 2004). Wissenschaftler des Deutschen Instituts für Entwicklung bezeichnen mit dem Ankerlandkonzept jene Staaten, die „entweder regional die größten sind oder zumindest 20 % des ‚Rest-BIP‘ der Region repräsentieren“ (Stamm 2004: 11). Forscher des *GIGA (German Institute of Global and Area Studies)* kritisieren, dass bei diesem Konzept „ein gewisser ökonomischer Reduktionismus“ (Nolte 2006: 30) vorherrsche und plädieren für ein mehrdimensionales Analyseinstrument. Mit den „regionalen Führungsmächten“ legt Detlef Nolte (ebd.: 40f) ein Raster vor, bei dem neben ökonomischer und militärischer Macht Faktoren wie die Akzeptanz der Führungsrolle innerhalb der Region durch kooperative Hegemoniestrukturen (regionale Integration) und durch extra-regionale Führungsmächte integriert werden. Beide Theoriestränge weisen eine gemeinsame Schwachstelle auf. Sie besitzen kein entwicklungstheoretisches Fundament.

Eine dritte Diskussion, die über einen bloßen Klassifizierungsversuch hinausgeht, stammt aus dem angloamerikanischen Raum. Sie wird durch die Auseinandersetzung zwischen modernisierungstheoretisch inspirierten Ansätzen und der Weltsystemanalyse bestimmt (Arrighi u.a. 2003a, Amsden 2003, Arrighi u.a. 2003b). Im Zentrum steht die Frage, inwieweit das Nord-Süd-Gefälle weiterhin die Strukturen der internationalen Politik prägt. Dabei vertritt Amsden (2001) die These, dass dieses durch die wachsende Industrialisierung der Schwellenländer von untergeordneter Bedeutung sei. Die Konzeption des Weltsystems, „eine Perspektive, die tiefer liegende, weniger offensichtliche Entwicklungen in den Vordergrund rückt“ (Nölke 2003: 309), betont hingegen das Fortbestehen der räumlichen Ungleichheit. Auch heute gehe der steigende Industrialisierungsgrad nur mit einer geringfügigen Verbesserung der Einkommensunterschiede zwischen (Semi-)Peripherie und Zentrum einher (Arrighi u.a. 2003a: 15). Der Weltsystemansatz untersucht mit verschiedenen Hegemoniezyklen die Umbrüche im globalen Kapitalismus (Arrighi & Moore 2001: 49f). Die US-Hegemonie befinde sich derzeit im Niedergang. Arrighi nennt als potentiellen Gegenhegemon China (2007:

277ff). In den Studien beider Strömungen sind jedoch bisher wenige Hinweise auf die Rolle der übrigen Regionalmächte enthalten.

Strukturelle Machtverhältnisse zwischen Zentrum und (Semi-)Peripherie

Der kurze Überblick legt die Vermutung nahe, dass die Debatte um die neuen Regionalmächte eng mit den Veränderungen der Beziehungen zwischen Zentrum und (Semi-)Peripherie verbunden ist. Um die politischen Implikationen dieses Umbruches herauszuarbeiten, sollen hier die Internationalen Wirtschaftsregime (IWF, WTO, Weltbank, etc.) in den Blick genommen werden. Strukturelle Macht wird in Anlehnung an Susan Strange (1988: 24f) verstanden als „die Macht, Strukturen der Weltwirtschaft zu formen und zu bestimmen, in deren Rahmen andere Staaten ihre Unternehmen und (nicht minder) ihre Wissenschaftler und andere Professionen agieren“.³ Susan Strange (1988: 43ff) unterscheidet mit dem Bereich der Produktion, der Finanzen, des Wissens und der Sicherheit vier (primäre) Machtstrukturen, die miteinander korrespondieren und verflochten sind. Folglich versuchen Analyseraster, die mit Bezeichnungen wie „BRIC-Staaten“ oder „Ankerländer“ operieren, zwar die Hauptakteure der globalen Umbrüche zu isolieren sowie deren Ressourcen zu vermessen, eignen sich jedoch nur bedingt als Kategorien für den Wandel struktureller Machtverhältnisse.

Um die Beziehungen zwischen den einzelnen Staaten zu verdeutlichen, bietet sich die Weltsystemanalyse an. Immanuel Wallerstein (1979: 19f) definiert das moderne Weltsystem, das im langen 16. Jahrhundert (ca. 1450-1650) entstand, als eine spezielle Form der Weltökonomie sowie als eine dezentralisierte politische Struktur mit wechselseitigen ökonomischen Verflechtungen, die durch einen Ressourcentransfer aus der Peripherie in die Zentren gekennzeichnet ist. Die zentrale Idee des Weltsystemansatzes besteht darin, die Hierarchisierung des globalen Raums als ein zentrales Strukturmerkmal der Weltökonomie zu begreifen. Wallerstein übernimmt das Zentrum-Peripherie-Modell aus den dependenztheoretischen Ansätzen, führt aber zusätzlich das Konzept der Semiperipherie ein: „Was ich die Semiperipherie nenne, sind all diejenigen Staaten, die in der Weltökonomie eine Mittlerrolle spielen: Sie sind zumindest bezüglich einer zentralen Dimension groß (Bevölkerung, ausgebildete Arbeitskraft, industrieller Gesamtoutput, Pro-Kopf-Einkommen), sie tendieren dazu, Produkte für den Binnenmarkt und schwächere Nachbarn herzustellen, sind aber dennoch Rohstoffexporteur und spielen die Rolle der peripheren Partner für die Zentrumsstaaten“

(ebd.: 247). Bei den beschriebenen Veränderungen handelt es sich um Umbrüche in den hierarchischen Beziehungen des Weltsystems – einige Teile der (Semi-)Peripherie steigen in eine Zentrenposition auf, andere Teile verbleiben in ihr.

Die strukturalen Machtverhältnisse sind für Staaten in der (Semi-)Peripherie gleichzeitig Abhängigkeitsverhältnisse von den traditionellen Zentrumsstaaten, die sich in den einzelnen Regionalmächten unterschiedlich artikulieren und zeitlichen Veränderungen unterworfen sind: „Abhängigkeit [...] ist der Modus der strukturellen Beziehungen, eines spezifischen Typs von Beziehungen zwischen Klassen und Gruppen, der eine Situation bezeichnet, welche eng mit der ‚Außenwelt‘ vermittelt ist. Daraus folgt, dass Abhängigkeit nicht länger als ‚externe Variable‘ betrachtet werden darf; die Abhängigkeitsanalyse muss statt dessen von der Struktur [...] des Systems der Beziehungen ausgehen, die zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Klassen innerhalb der abhängigen Nation selbst bestehen“ (Cardoso & Faletto 1976: 31). Die Abhängigkeit findet ihre Vermittlung durch institutionelle Strukturen. Im Folgenden liegt der Schwerpunkt auf den Machtstrukturen im Bereich der Finanzen und der Produktion. Dabei werden die neuen Machtressourcen in der Semiperipherie sowie deren Auswirkungen auf zwei spezifische Institutionen, auf den IWF und die WTO, untersucht. So wird deutlich, dass Bezeichnungen wie „BRIC“, „Next-11“ oder „regionale Führungsmächte“ lediglich Teilmomente eines breiteren Wandels beschreiben.

Materielle Kapazitäten in der Produktionsstruktur

In der globalen Produktionsstruktur ist ein deutlicher Wandel erkennbar. Noch direkt nach dem Zweiten Weltkrieg hatten die USA mit über der Hälfte des globalen BIP eine deutliche Vorherrschaft inne, die in den folgenden zwei Jahrzehnten durch den Aufschwung in Japan und Westeuropa relativiert wurde (Maddison 2001: 22ff). Im Zeitraum von 1980 bis 2007 verloren dann aber die Zentrumsstaaten langsam an Boden (vgl. Tab. 1). So sank der Anteil der G7 an der Weltproduktion in Kaufkraftparitäten von 55,1 % auf 39,5 %, während im Gegenzug die Anteile der (semi-)peripheren Länder Asiens von 10,5 % auf 28 % hochschnellten (Goldberg 2007: 8ff). Seit der Jahrtausendwende wird die Weltwirtschaft vom Wachstum außerhalb der traditionellen Zentren angetrieben. Der Rest der Welt wächst mit einem BIP von durchschnittlich 6,6 % beinahe dreimal so schnell wie die G7-Staaten. Die BRIC-Staaten trugen im Zeitraum von 2000 bis 2006 mittlerweile mehr als 30 % zum Wachstum der Weltwirtschaft bei.

Tabelle 1: Wachstum und Struktur der Weltwirtschaft

Ländergruppen	Wachstum des BIP in Prozent, Jahresdurchschnitte			Anteile in Prozent nach Kaufkraftparitäten		BIP in Mrd. US\$
	1980-89	1990-99	2000-07	1980	2007	2007
Welt	3,3	3,2	4,4	100	100	515.110
Entwickelte Länder	3,0	2,7	2,5	61,1	51,0	37.688
Entwicklungsländer	3,8	3,9	6,6	38,9	49,0	13.824
G 7	2,9	2,4	2,3	55,1	39,5	29.475
Subsahara-Afrika	2,5	2,1	5,0	3,2	2,6	789
UdSSR/GUS	3,5	- 5,0	7,3	7,2	3,9	1.523
Entwicklungsländer Asiens	6,9	7,4	7,3	10,5	28,0	5.314
China	9,7	10,0	9,6	3,2	15,8	3.051
Indien	5,6	5,7	7,0	3,3	6,4	984
Süd-/Mittelamerika	2,1	3,0	3,5	9,7	7,5	3.229

Quelle: IWF 2007 nach Goldberg 2007: 8

So hat sich eine veränderte Konstellation etabliert, die Rohstoffexporteuren neue Chancen auf dem Weltmarkt einräumt. Heute profitieren nicht nur die ostasiatischen Länder vom Boom. Auch die Rohstoffexporteure aus dem subsaharischen Afrika, die GUS-Staaten oder lateinamerikanische Länder überflügeln die Wachstumsdynamik der G7-Länder. Das rasche Wachstum Chinas, Indiens und verschiedener südostasiatischer Staaten führt zu einer steigenden Ressourcennachfrage: „Aktuell hat China am weltweiten Konsum Anteile von 40 % des Zements, 31 % der Kohle, 30 % des Eisenerzes“ (León-Manríquez 2006: 36). Folglich sind die Preise nicht nur auf dem Energiemarkt, sondern auch auf den Agrar- und Metallmärkten gestiegen. Die *terms of trade* haben sich für verschiedene rohstoffexportierende Länder deutlich verbessert (zu Lateinamerika: Gabbert 2007: 7) – was sich in neuen Handlungsspielräumen niederschlägt.

Die aktuelle Wachstumsdynamik in der (Semi-)Peripherie verschleiert jedoch die langfristigen Verdrängungseffekte und die Standortkonkurrenz im Süden, die durch den Aufstieg Chinas und Ostasiens ausgeübt werden. Viele Hochtechnologieexporte aus Lateinamerika stehen in direkter Konkurrenz zu chinesischen Produkten (Gallagher & Porzecanski 2008: 14). Auch die wenig dynamische Wirtschaftsentwicklung im subsaharischen Afrika – der afrikanische Anteil am globalen BIP pro Kopf fiel in der Periode von 1975 bis 2000 um beinahe die Hälfte – stand lange Zeit im Zusammenhang mit dem Aufstieg Ostasiens im Weltsystem (Arrighi 2002: 17ff).

Kurz, es existiert ein Widerspruch zwischen Rohstoffboom und Exportkonkurrenz. Folglich wird es für die Exportindustrie in anderen Staaten der Semiperipherie immer wichtiger, Nischen in den asiatischen Märkten zu besetzen bzw. komplementäre Verhältnisse aufzubauen. In verschiedenen

Staaten wird dies zur Strategie erhoben. Brasiliens Unternehmen, etwa der Flugzeughersteller *Embraer*, setzen vermehrt High-Tech-Produkte in Asien ab. Auch Finanzdienstleister und Chemieunternehmen aus Saudi-Arabien orientieren sich nach China um (Steinhilber 2006: 91). Offen bleibt dabei die Frage nach der weiteren Entwicklung. Wird die Übergangsphase nur einige wenige (ostasiatische) Industriemächte hervorbringen oder wird ein größerer Teil der Peripherie ebenfalls dauerhaft profitieren? Dies wird letztlich davon abhängen, ob mit den neuen Ressourcen endogene Technologieentwicklung und gezielte Industriepolitik gefördert werden können und der Teufelskreis der Rohstoffabhängigkeit durchbrochen wird (Barbier 2005: 339ff). Einige Staaten – z.B. Bolivien oder Venezuela – versuchen diese Konjunktur zu benutzen, um ihre nationale Souveränität auszubauen (Bultmann 2007: 58). Dem wirken klassische Entwicklungsblockaden entgegen, etwa begrenzte Binnenmärkte oder auch technologische Abhängigkeiten, die eine nachhaltige Entwicklung durch den Rohstoffboom in eine Illusion verwandeln könnten (Altvater 2007: 34f).

Klar ist, dass sich die Produktionsstruktur verändert. Dabei ist „China [...] eine Klasse für sich“ (Hurrel 2006: 19), während Indien langfristig eine größere Bedeutung einnehmen könnte. Dennoch bestehen feste Abhängigkeitsmuster weiterhin fort. Selbst chinesische Unternehmen bleiben in den globalen Wertschöpfungsketten in einer untergeordneten Position (Li 2006: 106). Die bloße „Bedeutung der Zahl“ (Braudel 1985: 21), die schiere Größe der Mittel- und Oberschichten in beiden Ländern, schlägt jedoch eine Bresche in die hierarchische Struktur des Weltsystems. Neue außen(handels)politische Optionen für andere Peripherienationen, Veränderungen der Weltmarktbedingungen, aber auch Exportkonkurrenz und neue Abhängigkeiten von China prägen die Produktionsstruktur.

Materielle Kapazitäten in der Finanzstruktur

Die Umbrüche in der Produktionsstruktur gehen mit tiefgreifenden Veränderungen in den Finanzbeziehungen einher. Nach dem Zusammenbruch des Wechselkursregimes von Bretton Woods im Jahr 1973 und der schrittweisen Abschaffung der Kapitalverkehrskontrollen in den OECD-Ländern hatte sich ein System freier Wechselkurse etabliert. Die drastische Erhöhung der US-amerikanischen Leitzinsen ab dem Jahr 1979 drängte viele Staaten Lateinamerikas und des subsaharischen Afrikas in die Schuldenkrise. In den Folgejahren kam es immer wieder zu Zahlungsengpässen in der (Semi-)Peripherie, die mit hektischen Kapitalbewegungen einhergehen. Doch seit der Jahrtausendwende hat sich die außenwirtschaftliche Situa-

tion vieler Schwellenländer merklich verbessert. Dies ist vor allem auf drei Faktoren zurückzuführen:

- a) Nach den Finanz- und Währungskrisen, die im Zeitraum von 1994 bis 2002 eine Reihe von semiperipheren Ländern – u.a. Argentinien, Brasilien, Hongkong, Indonesien, Malaysia, Mexiko, Philippinen, Russland, Thailand und die Türkei – schwer trafen, wurde die oftmals vom IWF geförderte Finanzpolitik aufgegeben. Die Koppelung der Landeswährung an den US-Dollar und eine einseitige Inflationsbekämpfung gerieten aus der Mode.
- b) Auch der Rohstoffboom trug hierzu bei. Die steigenden Rohstoffpreise ab dem Jahr 1999 erhöhten die Exporterlöse und ermöglichten somit gerade Ländern wie Brasilien, Russland oder Argentinien bessere Außenhandelsbilanzen.
- c) Gleichzeitig haben die USA bisher ihre Position als „consumer of last resort“ in der Weltwirtschaft nicht aufgegeben. Sie konsumierten mit einer negativen Leistungsbilanz von rund 550 Mrd. US\$ bzw. 5,5 % des BIP im Jahr 2007 weiterhin bereitwillig die Exporte vieler Schwellenländer. Da die privaten Haushalte gleichzeitig eine Verschuldungsquote von 140 % sowie eine negative Sparquote aufweisen und der US-Staatshaushalt mit 161 Mrd. US\$ erneut defizitär ist, bleibt die Nachhaltigkeit dieser Ausrichtung mittelfristig fragwürdig (Joshua 2007: 75). Dies gilt umgekehrt auch für die Exportstrategien in der Semiperipherie. Im letzten Jahrzehnt wendeten sich in den ehemaligen Krisenstaaten negative Leistungsbilanzen ins Plus (Boris u.a. 2001: 20ff, IWF 2006). Wies Südkorea 1996 z.B. noch ein Minus von 23,2 Mrd. US\$ auf, wandelte es sich bis zum Jahr 2005 auf ein Plus von 16,6 Mrd. US\$. Staaten, die von den Turbulenzen der Asienkrise 1997/98 verschont blieben, weisen heute gigantische Außenhandelsüberschüsse auf. So erwirtschaftete die VR China im Jahr 2007 ein Plus von 262 Mrd. US\$.

Mit den Leistungsbilanzüberschüssen ist die Anhäufung von großen Devisenreserven verbunden. Dies betrifft auch Staaten, die vor weniger als einem Jahrzehnt kurz vor der Zahlungsunfähigkeit standen. Alleine China kommt auf 1,53 Bio. US\$, während neun weitere semiperiphere Länder dreistellige Milliardenbeträge angehäuft haben. Selbst Staaten wie Thailand, Nigeria oder die Türkei haben beachtliche Bestände von deutlich über 50 Mrd. US\$ angesammelt. Das rasche Wachstum ist erstaunlich: Im Jahr 1995 lagen die globalen Devisenreserven noch bei rund 1,2 Bio. US\$. Mittlerweile haben sie sich auf beinahe 6,89 Bio. US\$ und damit auf über 13,4 % des weltweiten BIP gesteigert. Von den globalen Reserven halten die BRIC-Staaten mit

2,46 Bio. US\$ mehr als ein Drittel, während in der OECD lediglich Japan (973 Mrd. US\$; 14,1 %) und die Mitglieder in der Eurozone (511,4 Mrd. US\$; 7,4 %) auf annähernd so hohe Werte kommen. Große Devisenreserven sind jedoch wirtschaftspolitisch ambivalent: Einerseits sind sie ein Zeichen dafür, dass die Gelder nicht produktiv in die Binnenwirtschaft investiert werden und das Ergebnis einer einseitigen Exportausrichtung. Andererseits räumen sie vielen Staaten eine verbesserte Position auf den internationalen Finanzmärkten ein, da diese nunmehr gegenüber spekulativen Angriffen auf ihre Landeswährungen abgesichert sind.

Diese Entwicklung wird von der Herausbildung einer veränderten globalen Gläubiger-Schuldner-Struktur begleitet. Die Zentralbank und Staats- und Geschäftsbanken verschiedener Schwellenländer halten inzwischen große Summen an US-amerikanischen Staatsanleihen. Die Veränderung der US-Schuldverpflichtungen gegenüber semiperipheren Staaten ist besonders auffällig. Alleine chinesische Anleger halten 405,5 Mrd. US\$ und damit rund 330 Mrd. US\$ mehr als vor sieben Jahren. Brasilianische Investoren haben ihre Anleihen in nur zwei Jahren von 28,7 auf 128,8 Mrd. US\$ aufgestockt.

Gleichzeitig durchlaufen verschiedene Staaten der (Semi-)Peripherie einen Entschuldungsprozess gegenüber den ausländischen Gläubigern. Werden die hohen Devisenreserven mit eingerechnet, reduzierte sich die Außenverschuldung Brasiliens im Jahr 2007 auf weniger als 50 Mrd. US\$ und trat im Jahr 2006 erstmals als Nettokapitalexporteur auf. Die hohen Devisenreserven könnten ähnlich wie im Fall der OPEC-Staaten für Auslandsinvestitionen genutzt werden. Seit im vergangenen Jahr die chinesische Regierung verkündete, Teile ihrer Reserven in Staatsfonds einzuzahlen, ist in der US-amerikanischen und europäischen Presse die „Angst vor dem Ausverkauf“ (FAZ, 5.1.2008) allgegenwärtig und nicht unbegründet. In der Top 20 der Staatsfonds rangieren 16 Institutionen aus Ostasien, Russland und dem Nahen Osten, wovon zehn Fonds sogar dreistellige Milliardenbeträge verwalten und damit mit Beträgen operieren, die das Vermögen von den als „Heuschrecken“ verschrienen Hedge-Fonds oder Private Equity-Fonds übertreffen (vgl. Tab. 2).⁴

Kurz, die aktuellen Entwicklungen scheinen strukturelle Machtbeziehungen im Bereich der Finanzen mittelfristig in Frage zu stellen. Die Aufnahmefähigkeit des US-amerikanischen Binnenmarkts für die massiven Finanzmittel ist aufgrund der wachsenden Verschuldung beschränkt. Zusammen mit dem Euro als Konkurrenzwährung könnten die Devisenreserven in den Händen von Akteuren der Semiperipherie eine Veränderung der Finanzstruktur einleiten, die eine Schwächung der US-Hegemonie impliziert.

Tabelle 2: Die größten 20 Staatsfonds

Sitz	Name	Finanzvolumen in Mrd. US\$ Jahresende 2007
Vereinigte Arabische Emirate	Abu Dhabi Investment Auth.	875
Singapur	GIC	330
Norwegen	Government Pension Fund Global	322
Saudi-Arabien	Verschiedene Fonds	300
Kuwait	Kuwait Investment Authority	250
China	State FX Investment Corp. + HueijingCo.	200
China	China Investment Company	200
Hongkong	Monetary Authority	140
Russland	Stabilisation Fund	127
Singapur	Temasek Holdings	108
China	Central Hujin Investment Corp.	100
Australien	Australien Future Fund	50
Libyen	Reserve Fund	50
Katar	Qatar Investment Authority	40
USA (Alaska)	Permanent Reserve Fund	40
Brunei	Brunei Investment Agency	35
Irland	National Pensions Reserve Fund	29
Algerien	Reserve Fund	25
Südkorea	Korea Investment Corp.	20
Malaysia	Khazanah Nasional Bhd.	18

Quelle: FAZ, 5.1.2008

Auswirkungen auf das Institutionengefüge des Konsenses von Washington

Das institutionelle Gefüge der Wirtschaftsinstitutionen (IWF, Weltbank, GATT/WTO), die zur Stabilität der US-Hegemonie seit Ende des zweiten Weltkriegs beitragen, sieht sich neuen Dynamiken ausgesetzt. Hierbei sind die wachsenden materiellen Ressourcen verschiedener semiperipherer Staaten von Bedeutung. Der erhöhte wirtschaftliche Einfluss der Semiperipherie, allen voran Chinas, lässt die Stimmen nach einer grundlegenden Reform dieser Institutionen immer lauter werden (Loewen 2006b: 4f).

Welthandelsorganisation (WTO)

Auffällig sind die Konflikte in der Doha-Millenniumsrunde der WTO. Nachdem der wirtschaftspolitische Handlungsspielraum verschiedener Schwellenländer nach der Schuldenkrise 1982 zunächst eingeengt war und neoliberale Regierungen ins Amt kamen, ersetzte die Welthandelsorganisation nach der Uruguay-Runde (1986-1994) das GATT⁴⁷ als zentrale Regulierungsinstanz des Welthandels. Der Wirkungsbereich wurde von regelmäßigen Zollsen-

kungen auf zusätzliche Bereiche ausgedehnt (Higgott & Weber 2005: 441), etwa die „Singapurthemen“ – Investitionen, öffentliche Güterversorgung, Wettbewerb und administrative Handelserleichterungen.⁵ Die expansive Liberalisierungsausrichtung wird dadurch abgestützt, dass jeder vollzogene Liberalisierungsschritt rechtlich festgeschrieben und damit beinahe unwiderruflich wird (ebd.: 440ff). Das Regime zieht beträchtliche entwicklungspolitische Konsequenzen nach sich, da es Abhängigkeitsstrukturen zwischen Zentrum und (Semi-)Peripherie vertieft und Kontrollmechanismen etabliert. Die WTO engt in verschiedenen Bereichen – durch die einseitige Öffnung der Agrarmärkte der Dritten Welt, durch Investitionsliberalisierungen innerhalb des GATS, Zollbindungen für Industriegüter auf einem niedrigen Niveau – die wirtschaftspolitischen Spielräume der Schwellen- und Entwicklungsländer ein (Strickner 2005, Wade 2003). Versuche zur Ausdehnung der WTO-Agenda auf weitere Themenfelder, etwa auf das staatliche Beschaffungswesen, könnten diese Strukturen vertiefen. Die hierarchische Struktur des Weltsystems findet sich in den Verhandlungsprozessen wieder (Deckwirth 2006: 105; Narlikar & Tussie 2004: 957). Letztlich wandeln sich institutionelle Prozesse mittelfristig in sozioökonomische Strukturen um.

Über diese Situation herrschte bereits auf der WTO-Ministerkonferenz in Doha 2001 bei vielen Regierungsvertretern aus der Peripherie Unmut, der sich aber erst auf dem Gipfel in Cancún 2003 offen artikulierte. Die Konferenz leitete die Rückkehr zu einer offensiveren Haltung der (semi-)peripheren Länder in der globalen Handelspolitik ein. Zentral war dafür die Wiederbelebung der Kooperation zwischen Brasilien und Indien, die bereits in den 1970er Jahren als Wortführer der „Dritten Welt“ in dem GATT und der UNCTAD fungiert hatten (Draper & Sally 2005: 4; Deckwirth 2006: 106f). Im Rahmen der Uruguay-Runde 1986-1994 war ihr Widerstand gegen die Agenda des Nordens vorläufig zusammengebrochen. Doch im Vorfeld des Gipfels in Cancún wurde mit der G20 eine neue Gruppe von Schwellen- und Entwicklungsländer gegründet, die sich explizit gegen die Vorschläge für die Agrarpolitik der EU und der USA wandte. Das Bündnis wird von Staaten wie Brasilien, China, Indien, Indonesien und Südafrika unterstützt. Auch wenn verschiedene Länder der G20 Agrarexportinteressen hatten, trug sie dazu bei, dass weitere Gruppen mit Schutzinteressen im Windschatten der Allianz entstanden und/oder an Einfluss gewannen (Narlikar & Tussie 2004: 949).⁶ Hierbei hatte insbesondere die G90 eine große Bedeutung.⁷ Sie wehrte sich gegen die Aufnahme der Singapurthemen, woran die Verhandlungen in Cancún schließlich scheiterten.

Die „Neue Macht der Peripherie“ (Brand 2004: 146) war der institutionelle Ausdruck der Umbrüche in der Finanz- und Produktionsstruktur. Auf

die Ereignisse in Cancún reagierten die EU und die USA mit einer Teile- und-Herrsche-Strategie, um die Süd-Süd-Allianzen zu schwächen (Bello & Kwa 2004). In diesem Rahmen wurden die Zugpferde der G20, Indien und Brasilien, in einen selektiven Dialog mit der EU, Kanada und der USA aufgenommen und auf diese Weise politisch aufgewertet (Decker 2004: 87). Im August 2004 schien es zwischenzeitlich, als ob die WTO-Verhandlungen erneut anliefen, aber es wurde erst auf der Ministerkonferenz im Dezember 2005 in Hongkong ein Minimalkonsens gefunden (Loewen 2006a: 3f), der jedoch keine konkreten Verpflichtungen nach sich zog. Auf dem Gipfel hatte sich zudem eine sämtliche Entwicklungsländer umfassende G-110 gebildet, die u.a. ein Ende aller Agrarexportsubventionen, einen besseren Zugang zu den Agrarmärkten der Zentren, Schutzmechanismen für die Landwirtschaft sowie einen zoll- und quotenfreien Zugang für die Exportprodukte der LDCs forderte (G-110 2005).

Die WTO-Verhandlungen sind seit Hongkong zu keinen weiteren bahnbrechenden Ergebnissen gekommen. Da das Fast-Track-Mandat, mit dem der US-Kongress die Regierung Bush jun. für die WTO-Verhandlungen bevollmächtigte, Ende Juni 2007 auslief, sind die USA bis zu den US-Präsidentenwahlen im November 2008 de facto handlungsunfähig. Der Widerstand der Länder aus der (Semi-)Peripherie hat demnach den einseitigen Liberalisierungsprozess gestoppt, aber diesen weder zurückgenommen noch eine alternative Regulierungsinstanz etabliert. Hierbei ist auffällig, dass die WTO nicht nur die defensiven Interessen vieler semiperipherer Staaten – etwa im Bereich der Industriegüter – sondern auch deren aktive Liberalisierungsforderungen an die Zentren – vor allem im Agrarsektor – nicht zu kanalisieren vermochte. Die WTO hat aufgrund des Fortbestehens der Regelungen zur Liberalisierung zwar noch nicht ihre Funktion als Regulierungsinstanz der Weltwirtschaft eingebüßt, aber zumindest als Bühne für weitere Liberalisierungsschritte verloren.

Internationaler Währungsfonds (IWF)

Ähnlich wie die WTO befindet sich auch der IWF in einer Krise. Der Institution, der ursprünglich im Rahmenwerk von Bretton Woods die Überwachung des Wechselkurssystems und die Bekämpfung von Zahlungsbilanzkrisen oblag, wurde nach der Schuldenkrise 1982 eine veränderte Funktion zugeordnet. Vor dem Hintergrund der massiven Außenverschuldung der Staaten Lateinamerikas und Subsahara-Afrikas verwandelte sich der IWF zu einem Instrument der Gläubigerstaaten. Durch die Vorgabe von Konditionen für die Kreditvergabe – den Strukturanpassungsprogrammen – wurden viele

Staaten gezielt zu einer Sparpolitik, Exportorientierung und zur Überbewertung ihrer Landeswährung gezwungen. Da diese Programme keineswegs zu wirtschaftspolitischen Erfolgen führten, sondern die Konjunktur eher dämpften, und es zudem dem IWF nicht gelang, ab der zweiten Hälfte der 1990er Jahre die Finanz- und Währungskrisen wirksam einzudämmen oder zu bekämpfen, wurde vermehrt Kritik an der Institution laut (z.B. Stiglitz 2002). Diese bezog sich auf die Perspektivlosigkeit vieler Entwicklungsländer, der „externen Strangulation“ (Furtado, zit. nach Schirm 1990: 94) einer fortlaufenden Schuldenzahlung zu entgehen, die durch die IWF-Politik abgesichert wurde.

Die Veränderungen in der Finanzstruktur verstärkten die Legitimitätskrise. Die gewachsenen Devisenreserven ermöglichten in den vergangenen drei Jahren verschiedenen Schuldnerländern, den IWF auszuzahlen. So beglichen zwei der ehemals gewichtigsten Schuldner, Brasilien und Argentinien, im Dezember 2005 mit Zahlungen von 15,5 Mrd. US\$ bzw. 9,8 Milliarden US\$ schlagartig ihre verbliebenen Ausstände. Weitere lateinamerikanische Staaten wie Mexiko, Uruguay, Venezuela, aber auch ostasiatische Länder wie Indonesien, Südkorea und Thailand – nutzten ebenfalls die günstige Konjunktur, um ihre Schulden zu zahlen (Millet & Toussaint 2007). Das Volumen der vergebenen Kredite schrumpfte deshalb kräftig. Dieses ging von seinem Höchststand von 101,6 Mrd. US\$ im September 2003 auf knapp 11,1 Mrd. US\$ im April 2007 zurück (IWF 2004: 83, IWF 2007: 38). Der IWF veranschlagte für das Geschäftsjahr 2007 Verluste von rund 100 Mio. US\$, da die eigenen Betriebskosten von rund 900 Mio. US\$ die Zinserlöse überstiegen. Im Jahr 2008 folgte schließlich die Reaktion auf die Finanzkrise: „Es ist nicht ohne Ironie der Umstand zu vermerken, dass der IWF sich [...] soeben selbst Strukturanpassungsmaßnahmen unterwerfen musste [...]. So ist kürzlich die Entlassung von 20 % der IWF-Mitarbeiter – 591 von rund 2.900 – beschlossen worden, die dem Fonds nicht nur eine Kostenersparnis bringen, sondern die auch nicht mehr gebraucht werden, wenn es wirklich zu einer Rücknahme des überkommenen Strukturanpassungsmodells kommen sollte“ (Falk 2008: 22). Verschärft wird die Krise des IWFs durch die politisch motivierten Austritte Venezuelas und Ecuadors aus der Institution am 1. Mai 2007.

Die Krise des IWF spiegelt sich auch bei der Aufnahme neuer Schulden wider. Eine Fülle von (ehemaligen) IWF-Schuldnern greift heute auf alternative Geldquellen zurück. Vor allem im subsaharischen Afrika ist China als Gubernation auf den Plan getreten (Schüller & Asche 2007, Arrighi 2007: 207). Die chinesischen Kredite sind aus verschiedenen Gründen begehrt. Zunächst werden sie zu extrem niedrigen Zinssätzen vergeben. Gleichzeitig

sind sie oft mit langfristigen Kooperationsvereinbarungen verbunden, die Lieferverträge für Rohstoffe und Investitionen in die örtliche Infrastruktur einschließen (Steinhilber 2006: 84ff). Schließlich stellt die chinesische Regierung gemäß dem Prinzip der „Nichteinmischung“ keine weiteren Konditionen. Menschenrechtsverletzungen wie im Sudan oder massive Korruption wie in Angola spielen für die Kreditvergabe ebenfalls keine Rolle (Schüller & Asche 2007: 5).

Es ist darum nicht verwunderlich, dass eine grundlegende Reform des IWFs gefordert wird (Loewen 2006b). Deswegen einigten sich verschiedene Mitgliedsstaaten im Jahr 2006 auf die Veränderung der Stimm- und Ziehungsrechte. Die Quotenverteilung begünstigt die Industrienationen, vor allem die Staaten der EU. Bis zum Jahr 2006 verfügten die EU-Staaten über 32,2 % der Stimmen, die USA mit 17,4 % über eine Sperrminorität. Die Veränderungen der Reform waren jedoch geringfügig. In einem zweiten Reformschritt wurden 54 Ländern der (Semi-)Peripherie weitere 4,9 % der Stimmen zugeteilt. Diese Staaten bleiben jedoch weiterhin nach verschiedenen Kriterien, etwa dem Anteil am weltweiten BIP, unterrepräsentiert (Falk 2008: 23).

Direkte Folge der Krise des IWFs (und auch der Weltbank) ist die Etablierung von regionalen Finanzinstitutionen. So haben Argentinien, Bolivien, Brasilien, Ecuador, Paraguay, Uruguay und Venezuela mit der *Banco del Sur* eine Institution geschaffen, die mit einem Finanzvolumen von 7-10 Mrd. US\$ Infrastrukturprojekte fördern und weitere Finanz- und Währungskrisen bekämpfen könnte. In der Institution sollen sämtliche Länder gleiches Stimmrecht erhalten.

Ein Gegenmodell? Neue Projekte der Süd-Süd-Kooperation

Der Abstieg der traditionellen Institutionen der *global economic governance* geht mit der Etablierung von alternativen regionalen *governance*-Strukturen einher: Als interregionales Kooperationsforum wurde im Juni 2003 das *IBSA-Dialogue Forum* gegründet, dem mit Indien, Brasilien und Südafrika drei bedeutende Nicht-OECD-Staaten angehören (Alden & Vieira 2005, Flemes 2007). Über die Institution wurden Handelsverträge und Kooperationsabkommen in der Technologie-, Verkehrs-, Kultur- und Sicherheitspolitik geschlossen (Schmalz 2008: 195ff). Zusätzlich war das Bündnis in verschiedenen *global-governance*-Institutionen aktiv (Flemes 2007: 16ff). Dabei waren die IBSA-Staaten in der WTO – mit der Gründung der G20 – am erfolgreichsten und konnten die Verhandlungsagenda beein-

flussen, während die Reform des UN-Sicherheitsrats und die Erweiterung der G8 blockiert wurden. Sicherlich enthält das Bündnis Elemente für eine alternative Regulation des Welthandels (Alden & Vieira 2005: 1090f), ohne jedoch die Gegenhegemonie einer „Dritte Welt-Koalition“ (Cox 1998: 87) zu erreichen. Es mangelt an Ressourcen, um die Forderungen durchzusetzen. Die Versuche, China und Russland für die Etablierung einer G5 – eine „poor man’s G8“ (Devraj 2004) – zu gewinnen, scheiterten am Widerstand der beiden Staaten.

Die chinesische und russische Regierung haben mit der *Shanghai Cooperation Organisation* (SCO) hingegen im Jahr 2001 bereits eine eigenständige Institution etabliert, die primär Sicherheitsfragen regelt (Bailes u.a. 2007). Der SCO als „einem der weltweit unbekanntesten und wenig analysiertesten multilateralen Zusammenschlüsse“ (ebd.: 7) gehören zudem Usbekistan, Kasachstan, Kirgisien und Tadschikistan an. Beim Gipfel in Moskau im Juli 2005 rückte die Organisation plötzlich ins Rampenlicht der Weltöffentlichkeit, da nunmehr Indien, Pakistan, Iran und die Mongolei der Allianz als Beobachter beitraten (*International Herald Tribune Asia – Pacific*, 16.6.2006). Ferner wurde 2006 beschlossen, die Agenda der Allianz auf den Handelsbereich und die Energieversorgung zu erweitern. Die SCO wird oft als „eurasischer Gegenblock“ gehandelt, anders als bei der IBSA existiert jedoch keine gemeinsame politisch-ideologische Ausrichtung oder supranationale Struktur. Im Mittelpunkt stehen einzelne Kooperationsprojekte auf der Basis der Wahrung der nationalen Souveränität.

Darüber hinaus existieren Versuche der regionalen Süd-Süd-Kooperation. Die offenen Regionalismen – wie der südamerikanische *Mercosur* oder der südostasiatische *ASEAN* – zielen oftmals auf allgemeine Liberalisierungen des Waren-, Kapital- und Dienstleistungsverkehr, weisen ein schwaches supranationales Institutionengefüge auf und operieren im Kern nach den Funktionsprinzipien des WTO-Regimes (Bieling 2007: 180ff). Als explizit gegenhegemoniales Abkommen sticht die im Jahr 2005 gegründete *Alternativa Bolivariana para las Américas* (ALBA) in Lateinamerika hervor (Fritz 2007). Die ALBA, der außer Venezuela als treibender Kraft mittlerweile Bolivien, Kuba, Nicaragua und die Inselrepublik Dominica beigetreten sind, nutzt den derzeitigen Rohstoffboom. Das flexible Rahmenabkommen baut im Kern auf den solidarischen Tauschhandel von Energieressourcen gegen Waren und Dienstleistungen, die Kooperation zwischen Staatsunternehmen und Zollsenkungen für den Warenhandel.

Auf dem Weg zur Blockbildung in der Weltwirtschaft?

Somit verändern sich die strukturalen Machtverhältnisse in der Weltwirtschaft. Allen voran nimmt China eine veränderte Position in der Produktions- und Finanzstruktur ein. Weitere Staaten in der Semiperipherie konnten wirtschaftspolitischen Handlungsspielraum zurückgewinnen. Allerdings sind neue Abhängigkeiten und auch Konkurrenzbeziehungen zwischen China und anderen Regionen der „Dritten Welt“ entstanden. Die alten internationalen Wirtschaftsregime, die einstmals die Abhängigkeit der (Semi-)Peripherie mit absicherten, sind durch deren Aufstieg in die Krise geraten: Die WTO-Verhandlungen stocken und das Kreditvolumen des IWF ist zusammengeschrumpft. Die Krise dieser Institutionen ist im Fall des IWF primär auf die neuen Machtressourcen der Semiperipherie in der Finanzstruktur zurückzuführen, während die WTO-Verhandlungen auch aufgrund der veränderten politischen Kräfteverhältnisse ins Stocken kamen. Gleichzeitig sind Keimformen von regionalen *governance*-Strukturen in der Semiperipherie entstanden, die jedoch bisher keine Alternative darstellen, da sie fragmentiert sind und getrennt voneinander operieren. Eine Blockbildung in der Weltwirtschaft ist nicht unwahrscheinlich:

- 1) Die politische Reaktion der Zentren auf die neuen Akteure aus der (Semi-)Peripherie (Staatsfonds, Transnationale Konzerne, etc.) im Finanzsektor besteht darin, dass neue Schranken für den Kapitalverkehr errichtet werden. So weitete die deutsche Bundesregierung Schutzbestimmungen, die das Außenwirtschaftsgesetz bietet, von der Rüstungsbranche auf andere Sektoren, etwa die Telekommunikation oder die Energieversorgung, aus. Folglich entpuppt sich die Forderung nach einer Liberalisierung des Investitionsverkehrs, wie sie Ende der 1990er Jahre in der Debatte um das MAI (Multilateral Agreement on Investment) noch vorgetragen wurde, zunehmend als Illusion. Der Hauptunterschied zu der Situation in den 1990er Jahren ist dabei, dass die protektionistischen Interessen sich nun nicht mehr primär zwischen den Zentrenstaaten artikulieren, sondern sich gegen die Semiperipherie richten. Dies trifft insbesondere auf die USA und die Mehrzahl der Mitgliedsstaaten der EU zu.
- 2) Mit dem Stocken des WTO-Verhandlungsprozesses setzen die USA und die EU verstärkt auf bilaterale und regionale Freihandelsabkommen, deren Inhalte weit über die Agenda der WTO hinausgehen (Schilder u.a. 2005). Diese Initiativen sind zwar auf der einen Seite Bestandteil der Vertiefung des Freihandelregimes, andererseits aber oft mit einer neomerkantilistischen Exportstrategie verbunden, die auf Überschüsse beim Handel mit Waren und Dienstleistungen setzt (Becker & Raza 2007).

So scheint es, als ob einige Staaten und Regionen der Peripherie – z.B. Mittelamerika oder Subsahara-Afrika – weiterhin in die von den Zentren dominierte asymmetrische Freihandelsordnung integriert werden können, während sich um bedeutende semiperiphere Länder, etwa China und Russland, alternative Integrationsprozesse vollziehen, die mittelfristig zur einer Blockbildung beitragen könnten. Am lateinamerikanischen Beispiel lässt sich sogar eine Dreiteilung beobachten (Maihold & Zilla 2005). Ein Teil (Mittelamerika, Karibik, Kolumbien, Chile, Peru) integriert sich in Abkommen mit den Zentrumsstaaten, während die venezolanische und brasilianische Regierung sich gegen diese Einbindung wenden und jeweils eigene (unterschiedliche) Integrationsprojekte vorantreiben. Freilich bleibt die Weltmarktintegration auf einem hohen Niveau, so dass unklar ist, ob sich die Tendenz zur Blockbildung durchsetzen wird.

Kurz, es gibt gerade auf der institutionellen Ebene Anzeichen dafür, dass die von der EU und Japan mitgetragene Hegemonie der USA erodiert. Es handelt sich um eine Übergangsphase, in der Teile der Semiperipherie in eine neue Position im globalen Kapitalismus aufrücken. Diese Veränderungen lassen sich sowohl auf der Ebene der Finanzen als auch der Produktion beobachten. Bezeichnungen wie „BRIC-Staaten“, „Ankerländer“ oder „regionale Führungsmächte“ umschreiben lediglich Teilaspekte dieses Wandels. Wie dieser Übergang vonstatten gehen wird, bleibt offen. Klar ist lediglich, dass es bisher keine tragfähige Alternative zu den Bretton-Woods-Institutionen gibt und eine weitgehende Reform, die die Einbindung der aufstrebenden semiperipheren Staaten in ein stabiles globales Akkumulationsregime ermöglicht, vorerst als unwahrscheinlich erscheint.

Anmerkungen

- 1 Der ehemalige Präsident Argentiniens, Néstor Kirchner, kommentierte die außenpolitischen Aktivitäten des Nachbarlandes Brasiliens wie folgt: „Es gibt einen Platz in der WTO, Brasilien will ihn. Es gibt einen Platz in der UNO, Brasilien will ihn. Es gibt einen Platz in der FAO, Brasilien will ihn. Sogar den Papst wollen sie wählen“ (El Clarín, 2.5.2005).
- 2 In dem Untersuchungsschema wird bewusst auf zwei Faktoren verzichtet, da diese den Rahmen dieses Artikels sprengen würden: a) Das Thema der unterschiedlichen Entwicklungspfade in der Semiperipherie (vgl. z.B. Bieling 2007: 221ff) und b) die Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse in der Semiperipherie (zu den Beispielen China, Indien und Brasilien: Harris 2005; zum Beispiel verschiedener Institutionen von *global governance*: Falk 2008).
- 3 Strukturelle Macht zeichnet sich folglich dadurch aus, dass die Spielregeln für das Handeln von Akteuren gesetzt werden und ihnen nicht direkt der eigene Willen aufgedrängt wird. So ist z.B. die US-amerikanische Zentralbank durch die Rolle des US-Dollars als Weltgeld und

- die Wallstreet als zentraler Finanzmarkt dazu befähigt, die Finanzbeziehungen maßgeblich zu kontrollieren und die Handlungsweisen anderer Wirtschaftsakteure zu beeinflussen.
- 4 Zusätzlich zu den Staatsfonds sind heute transnationale Konzerne und Finanzinstitutionen im Süden entstanden, die ebenfalls auf die Märkte der Zentren drängen. Taylor & Nölke (2008: 4) zählen dabei 111 multinationale Unternehmen aus ostasiatischen und 30 aus lateinamerikanischen Schwellenländern.
 - 5 Die WTO umfasste von nun an drei Säulen: Das GATT, das zur Absicherung von geistigen Eigentumsrechten geschaffene TRIPS (Agreement on Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights) und das auf die Liberalisierung des Dienstleistungshandels zielende GATS (General Agreement on Trade in Services). Die Einführung eines Agrarabkommens weitete das WTO-Regime auf den Landwirtschaftssektor aus.
 - 6 Die Zusammensetzung der G20 veränderte sich seit dem Gipfel in Cancún mehrfach. Zunächst verließen einige lateinamerikanische Staaten auf Druck der USA die Gruppe. Später jedoch traten verschiedene Länder der Gruppe (erneut) bei. Zur Zeit gehören Argentinien, Ägypten, Bolivien, Brasilien, Chile, China, Guatemala, Indien, Indonesien, Kuba, Mexiko, Nigeria, Pakistan, Paraguay, Philippinen, Simbabwe, Thailand, Uruguay und Venezuela dazu (www.g-20.mre.gov.br; Zugriff: 9.03.08).
 - 7 Die G90 umfasst Staaten der AKP, der Afrikanischen Union und der LDCs. Die Hauptmotivation zur Bildung der Gruppe, die sich erst nach dem Gipfel von Cancún dauerhaft formierte, war der Widerstand gegen die Singapurthemen.

Literatur

- Alden, Chris; & Marco Antonio Vieira (2005): „The New Diplomacy of the South: South Africa, Brazil, India and Trilateralism“. In: *Third World Quarterly*, Bd. 26, Nr. 7, S. 1077-1095.
- Altwater, Elmar (2007): „Die große Illusion eines ‚Elpetrolado latinoamericano‘“. In: *Jahrbuch Lateinamerika. Analysen und Berichte 2007. Rohstoffboom mit Risiken*, S. 22-39.
- Amsden, Alice H. (2001): *The Rise of the „Rest“: Challenges to the West from Late-Industrializing Economies*. Oxford u.a.
- Amsden, Alice H. (2003): „Good-bye Dependency Theory, Hello Dependency Theory“. In: *Studies in Comparative International Development*, 38. Jg., S. 32-38.
- Arrighi, Giovanni (2002): „The African Crisis. World Systemic and Regional Aspects“. In: *New Left Review*, 15. Jg., Nr. 3, 2002, S. 5-32.
- Arrighi, Giovanni (2007): *Adam Smith in Beijing. Lineages of the Twenty-First Century*. London u.a.
- Arrighi, Giovanni; Jason W. Moore (2001): „Kapitalismus in welthistorischer Sicht“. In: *Das Argument*, Nr. 239, S. 43-58.
- Arrighi, Giovanni; Beverly J. Silver & Benjamin D. Brewer (2003a): „Industrial Convergence, Globalization, and the Persistence of the North-South Divide“. In: *Studies in Comparative International Development*, 38. Jg., Nr. 1, S. 3-31.
- Arrighi, Giovanni; Beverly J. Silver & Benjamin D. Brewer (2003b): „Response“. In: *Studies in Comparative International Development*, 38. Jg., Nr. 1, S. 39-42.
- Bailes, Alyson J. K.; Pál Dunay; Pan Guang & Mikhail Troitskiy (2007): *The Shanghai Cooperation Organization*. SIPRI Policy Paper, Nr. 17, Mai 2007.
- Barbier, Edward (2005): *Natural Resources and Economic Development*. Cambridge.
- Becker, Joachim; & Werner Raza (2007): „Zur Einführung: Was ist Neo-Merkantilismus heute?“ In: *Kurswechsel*, 23. Jg., Nr. 4, S. 3-7.
- Bello, Walden; & Aileen Kwa (2004): „G20 Leaders Succumb to Divide-and-Rule Tactics: The Story behind Washington’s and Europe’s Triumph in Geneva“. In: *The Seattle to*

- Brussels Network (Hg.): *From Cancún to Hong Kong. Challenging Corporate led Trade Liberalisation*. Brüssel u. Berlin, S. 23-35.
- Bieling, Hans-Jürgen (2007): *Internationale Politische Ökonomie. Eine Einführung*. Wiesbaden.
- Boris, Dieter; Álvaro Berriel Díaz; Kai Eicker-Wolf; Ralf Käpernick & Jan Limbers (2000) (Hg.): *Finanzkrisen im Übergang zum 21. Jahrhundert. Probleme der Peripherie oder globale Gefahr?* Marburg.
- Brand, Ulrich (2004): „Neue Macht der Peripherie“. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 49. Jg., Nr. 2, S. 146-149.
- Braudel, Fernand (1985): *Sozialgeschichte des 15.-18. Jahrhunderts. Der Alltag*, Bd.1. München.
- Broadman, Harry G. (2007): *Africa's silk road: China and India's new economic frontier*. Washington D.C.
- Bultmann, Ingo (2007): „Ressourcennationalismus in Lateinamerika“. In: *Jahrbuch Lateinamerika. Analysen und Berichte 2007. Rohstoffboom mit Risiken*. Münster, S. 40-62.
- Cardoso, Fernando Henrique; & Enzo Faletto (1976) [1969]: *Abhängigkeit und Entwicklung in Lateinamerika*. Frankfurt a.M.
- Cox, Robert W. (1998): „Soziale Kräfte, Staaten und Weltordnungen: Jenseits der Theorie Internationaler Beziehungen“. In: Ders.: *Weltordnung und Hegemonie – Grundlagen der „Internationalen Politischen Ökonomie“*. Studie der Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaft Nr. 11. Marburg, S. 28-68.
- Decker, Claudia (2004): „Eher Startschuss als Ziellinie. Das WTO-Abkommen von Genf“. In: *Internationale Politik*, Nr. 9/2004, S. 87-90.
- Deckwirth, Christina (2006): „Machtverschiebung zugunsten der großen Schwellenländer? Neue Akteurskonstellationen in der Doha-Runde der WTO“. In: *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung*, Bd. 17:3, S. 103-119.
- Devraj, Ranjit (2004): *India, Brazil, South Africa Ready to Lead Global South*. <http://ipsnews.net/interna.asp?idnews=22714>, letzter Aufruf: 9.3.2008.
- Draper, Peter; & Razeen Sally (2005): *Developing-Country Coalitions in Multilateral Trade Negotiations*. South African Institute of International Affairs. Trade Report Nr. 8, Johannesburg.
- Drezner, Daniel W. (2007): „The New New World Order“. In: *Foreign Affairs*, 86. Jg., Nr. 2, S. 34-46.
- Falk, Rainer (2008): „Das Pendel schwingt zurück. Erkundungen an den Grenzen des Washington Consensus“. In: Schmalz, Stefan; & Anne Tittor (Hg.): *Jenseits von Subcomandante Marcos und Hugo Chávez. Soziale Bewegungen zwischen Autonomie und Staat*. Hamburg, S. 15-31.
- Flemes, Daniel (2007): *Emerging Middle Powers' Soft Balancing Strategy State and Perspectives of the IBSA Dialogue Forum*. GIGA Working Paper, Nr. 57, August. Hamburg.
- Fritz, Thomas (2007): *ALBA contra ALCA. Die Bolivarianische Alternative für die Amerikas: ein neuer Ansatz regionaler Integration in Lateinamerika*. Berlin.
- Gabbert, Karin (2007): „Editorial. Rohstoffboom mit Risiken“. In: *Lateinamerika Jahrbuch 31, Rohstoffboom mit Risiken. Analysen und Berichte*. Münster, S. 7-21.
- Gallagher, Kevin P.; & Roberto Porzecanski (2008): *Climbing Up the Technology Ladder? High-Technology Exports in China and Latin America*. Paper Nr. 20, Berkeley: Center for Latin American Studies, University of California.
- Gat, Azar (2007): „The Return of Authoritarian Great Powers“. In: *Foreign Affairs*, 86. Jg., Nr. 4, S. 59-69.
- G-110 (2005): *Joint Statement: The G-20, the G-33, the ACP Group, the LDCs, the African Group, the Small Economies*, 16.12.2005, Hongkong. www.g-20.mre.gov.br/conteudo/statement_16122005_02.htm. letzter Aufruf: 9.3.2008.
- Goldberg, Jörg (2007): „Aufschwung und Restrukturierung der Weltwirtschaft“. In: *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung*, 18. Jg., Nr. 3, S. 7-24.

- Gowan, Peter (1999): *The Global Gamble. Washington's Faustian Bid for World Dominance*. New York.
- Harris, Jerry (2005): „Drei ökonomische Erfolgsgeschichten: China, Indien und Brasilien“. In: *Das Argument*, Nr. 262, S. 482-495.
- Higgott, Richard; & Heloise Weber (2005): „GATS in Context: Development, an Evolving Lex Mercatoria and the Doha Agenda“. In: *Review of International Political Economy*, 12. Jg., Nr. 3, S. 434-455.
- Humphrey, John; & Dirk Messner (2006): „China and India as Global Governance Actors“. In: *IDS Bulletin*, 37. Jg., Nr. 1, S. 107-114.
- Hurrell, Andrew (2006): „Hegemony, liberalism and global order: what space for would-be great powers?“. In: *International Affairs*, 82. Jg., Nr. 1, S. 1-19.
- IWF (2004): *Jahresbericht des Exekutivdirektoriums für das am 30. April 2004 abgelaufene Geschäftsjahr*. Washington DC.
- IWF (2006): *IMF Financial Statistics Yearbook*. Washington DC.
- IWF (2007): *Jahresbericht 2007. Die Vorteile der Weltwirtschaft für alle sichern*. Washington DC.
- Joshua, Isaac (2007): „Die USA oder die Flucht nach vorne!“. In: *Kurswechsel*, 23. Jg., Nr. 4, S. 50-60.
- León-Manríquez, José Luis (2006): „China-América Latina: Una Relación Económica Diferenciada“. In: *Nueva Sociedad*, 35. Jg., Nr. 3, 2006, S. 28-47.
- Li, Mingqi (2006): „Der Aufstieg Chinas und das Zeitalter des Übergangs“. In: *Das Argument*, Nr. 268, S. 105-111.
- Loewen, Howard (2006a): *Entwicklung und Liberalisierung – Ergebnisse der 6. WTO-Ministerkonferenz in Hongkong*. GIGA Focus Global, Nr. 1/2006.
- Loewen, Howard (2006b): *Zwischen Reform und Bedeutungsverlust – Der IWF nach der Jahrestagung in Singapur*. GIGA Focus Global, Nr. 9/2006.
- Maddison, Angus (2001): *The World Economy. A Millennial Perspective*. Paris.
- Maihold, Günther; & Claudia Zilla (2005): „Lateinamerikanisches Spiegelfechten? Die Ver- tagung des kontinentalen Freihandelsabkommens als Herausforderung für Europa“. In: *SWP-Aktuell*, Nr. 51, November, Berlin.
- Mearsheimer, John J. (2001): *The Tragedy of Great Power Politics*. New York, London.
- Millet, Damien; & Eric Toussaint (2007): „Sechs gegen die Weltbank“. In: *Le Monde diplomatique*, Nr. 8294, 8.6.2007.
- Narlikar, Amrita; & Diana Tussie (2004): „The G20 at the Cancun Ministerial: Developing Countries and Their Evolving Coalitions in the WTO“. In: *World Economy*, 27. Jg., Nr. 7, S. 947-966.
- Nölke, Andreas (2003): „Weltsystemtheorie“. In: Schieder, Siegfried; & Manuela Spindler (Hg.): *Theorien der internationalen Beziehungen*. Opladen, S. 309-335.
- Nolte, Detlef (2006): *Macht und Machthierarchien in den internationalen Beziehungen: Ein Analysekonzept für die Forschung über regionale Führungsmächte*. GIGA Working Paper, Nr. 29, Oktober, Hamburg.
- O'Neill, Jim; Dominic Wilson; Roopa Purushothaman & Anna Stupnytska (2005): *How Solid are the BRICs?* Global Economics Paper, Nr. 134, New York u.a.
- Overholt, William (2007): *Asia, America and The Coming Transformation of Asian Geopolitics*. Cambridge.
- Schmalz, Stefan (2006): „Die Bedeutung der Zahl: Gedankenexperimente zur Rolle der BRIC-Staaten in der Weltwirtschaft“. In: *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung*, 17. Jg., Nr. 3, S. 21-35.
- Schmalz, Stefan (2008): *Brasilien in der Weltwirtschaft. Die Regierung und die neue Süd-Süd-Kooperation*. Münster.

- Schilder, Klaus; Christina Deckwirth; Peter Fuchs & Michael Frein (2005): *Freie Fahrt für Freien Handel? Die EU-Handelspolitik zwischen Bilateralismus und Multilateralismus*. Studie von EED & WEED. Berlin.
- Schirm, Stefan A. (1990): *Brasilien: Regionalmacht zwischen Autonomie und Dependenz*. Hamburg.
- Schüller, Margot; & Helmut Asche (2007): *China als neue Kolonialmacht in Afrika? Umstrittene Strategien der Ressourcensicherung*. GIGA Focus Global, Nr. 1/2007.
- Stamm, Andreas (2004): *Schwellen- und Ankerländer als Akteure einer globalen Partnerschaft. Überlegungen zu einer Positionsbestimmung aus deutscher entwicklungspolitischer Sicht*. Bonn.
- Steinhilber, Jochen (2006): „Öl für China: Pekings Strategien der Energiesicherung in Nahost und Nordafrika“. In: *Internationale Politik und Gesellschaft*, 9. Jg., Nr. 4, S. 80-103.
- Stiglitz, Joseph (2002): *Die Chancen der Globalisierung*. Berlin.
- Strange, Susan (1988): *States and Markets*. London.
- Strickner, Alexandra (2005): „Die Verhandlungen zur weiteren Liberalisierung des Agrarhandels – Reduktion unfairen Protektionismus‘ oder ein Schritt in Richtung Nahrungsmittelsouveränität“. In: *Journal für Entwicklungspolitik*, 21. Jg., Nr. 4, S. 25-43.
- Taylor, Heather; & Andreas Nölke, (2008): *The Theoretical Implications of the Rise of Multinationals from Non-triad Economies: A Varieties of Capitalism Perspective on „Multilatinas“*. Unveröff. Manuskript.
- Treverton, Gregory; & Setz G. Jones (2005): *Measuring National Power*. Santa Monica.
- Wade, Robert Hunter (2003): „What strategies are viable for developing countries today? The World Trade Organization and the shrinking of ‚development space““. In: *Review of International Political Economy*, 10. Jg., Nr. 4, 622-644.
- Wallerstein, Immanuel (1979): *The Capitalist World-Economy. Essays*. London u.a.
- Wilson, Dominic; & Roopa Purushothaman (2003): *Dreaming with BRICs: The Path to 2050*. Global Economics Paper Nr. 99. New York u.a.

Anschrift des Autors:

Stefan Schmalz

st.schmalz@uni-kassel.de